

# Die bayerischen Arbeits- und Schirmherrschaftsminister

Von Renate Hennecke

1954 übernahm der Freistaat Bayern die Schirmherrschaft über die „sudetendeutsche Volksgruppe“. Beim Sudetendeutschen Tag 2004 inszenierte Ministerpräsident Edmund Stoiber medienwirksam eine Erneuerung dieses Generalversprechens, die Sudetendeutsche Landsmannschaft und ihre Unterorganisationen politisch zu stützen und aus Steuermitteln zu finanzieren. Zuständig für die praktische Umsetzung dieses Versprechens ist das bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung. An seiner Spitze steht zurzeit die CSU-Politikerin Christa Stewens. Werfen wir einen Blick auf die „Schirmherrschaftsminister“ vor ihr.

## Walter Stain – ehem. SdP-Mitglied und HJ-Führer

Erster in der Reihe war Walter Stain, bayerischer Arbeitsminister von Dezember 1954 bis Dezember 1962. Stain (\*1916) stammte aus der Tschechoslowakei und hatte seine politische Laufbahn in der Sudetendeutschen Partei (SdP) Konrad Henleins begonnen, 1938 im Sudetendeutschen Freikorps gegen die Tschechoslowakei gekämpft und seinen Einsatz für Großdeutschland nach dem „Anschluss“ der tschechoslowakischen Grenzgebiete und der Übernahme der SdP-Mitglieder in die NSDAP als Gaujugendführer des NS-Turnerbundes und Führer der Hitlerjugend (HJ) fortgesetzt. Nach 1945 wurde er Mitbegründer und Vorstandsmitglied des „Witikobundes“, der „nationalen Gesinnungsgemeinschaft“, in der sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD ehemalige führende Aktivisten der SdP sammelten. Im bayerischen Landtag saß er als Abgeordneter des aggressiv revanchistischen GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten), und unter Ministerpräsident Hans Ehard (CSU) war er bereits ab 1950 als Staatssekretär im bayerischen Innenministerium untergekommen. Sein Chef dort war Wilhelm Hoegner (SPD). Als dieser 1954 eine Viererkoalition mit FDP, Bayernpartei und GB/BHE bildete und die CSU für drei Jahre auf die Oppositionsbank schickte, stellte er seinen früheren Staatssekretär an die Spitze des Arbeits- und Sozialministeriums und verlagerte dorthin auch den Bereich „Flüchtlingwesen“, der vorher im Innenministerium angesiedelt war.

Auf dem Ministersessel gelandet, umgab sich Stain mit seinesgleichen:

Als Kanzleichef im Range eines Regierungsleiters holte er sich den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Walter Hergl, der Kommunalreferent in Henleins Sudetendeutscher Partei gewesen war, bevor er im „Sudetengau“ als hoher Regierungsbeamter in der Reichsstatthalterei und als Leiter der Gauhauptstelle der NSDAP tätig wurde. Auch Hergl gehörte zu den Gründern und Vorstandsmitgliedern des Witikobundes.

Zu seinem persönlichen Referenten machte Stain den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Friedrich Priller, der vorher bei Prof. Theodor Oberländer beschäftigt gewesen war. Letzterer stand als bayerischer Staatssekretär für Flüchtlingswesen nicht mehr zur Verfügung, weil er mittlerweile für den GB/BHE in den Bundestag eingezogen war. Oberländer hatte schon 1923 an Hitlers Marsch auf die Feldherrnhalle teilgenommen. 1957 – mittlerweile war er CDU-Mitglied – machte ihn dann der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer zum Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Der Beteiligung an grauenhaften Pogromen der Einheit „Nachtigall“ im Gebiet des ukrainischen Lwow (Lemberg) beschuldigt und in der DDR deswegen zum Tode verurteilt, musste Oberländer 1960 zurücktreten.

## Wie der Herr, so's Gescherr

1957 – die CDU/CSU hatte die Bundestagswahl gewonnen, der GB/BHE war an der Fünfprozentklausel gescheitert – kündigten Bayernpartei und GB/BHE die Viererkoalition in Bayern auf. Hoegner musste zurücktreten und Platz machen für Hanns Seidel (CSU) und seine Koalition aus CSU, FDP und GB/BHE. Stain blieb Arbeitsminister und wurde für ein Jahr stellvertretender Ministerpräsident. Über seinen Einsatz für weitere alte Bekannte schrieb der „Spiegel“ am 24.6.1959:

„1957 mußte der BHE aus dem Bundestag ausziehen, und Walter Stain unternahm beachtliche Anstrengungen, um Bonner Ex-Parlamentarier im bayerischen Staatsdienst unterzubringen. Den früheren Bundestagsabgeordneten – und Sudetendeutschen – Wilfried Keller machte er zum Prozessvertreter in der juristischen Abteilung seines eigenen Hauses; den Keller-Kollegen – und Sudetendeutschen – Johannes Strosche schleuste er in das bayerische Kultusministerium ein ... Er konnte noch mehr als arbeitslose Flüchtlingspolitiker versorgen. Ein Dr. Reinhold Kolarczyk war immerhin wohldotierter

Abgeordneter des Bayerischen Landtags, als Walter Stain ihn zum Pressereferenten seines Ministeriums ernannte ... Kolarczyk's Qualifikation: Er war Redakteur und Chefredakteur slesischer und sudetendeutscher NS-Blätter gewesen ... In eine offene Meuterei aber brach der Betriebsrat aus, als plötzlich ein Dr. Fritz Köllner in die Gewerbeaufsichtsabteilung des Hauses einmarschierte. Dieser – sudetendeutsche – Dr. Köllner war immerhin in seiner Heimat stellvertretender Gauleiter, auch Gauamtsleiter und SA-Brigadeführer gewesen.“ (Zitiert nach 1)

Die Proteste des Betriebsrates blieben erfolglos, Köllner wurde Chef der Gewerbeaufsicht. Noch im gleichen Jahr wurde er in den Vorstand des Witikobundes gewählt. Über ihn hatte das NS-Gauorgan „Die Zeit“ (Chefredakteur: Walter Becher, später langjähriger Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des Witikobundes) am 7.12.1940 unter der Überschrift „Keine Weihnachtsgratifikation für Juden und Polen“ geschrieben: „Der Reichstreuhand der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Sudetenland Pg. Dr. Fritz Köllner gibt bekannt: Die Teilnahme von Polen und Juden an dem Weihnachtsfest des deutschen Volkes würde mit dem gesunden Volksempfinden nicht vereinbar sein. Deshalb dürfen ihnen auch die Vorteile nicht zukommen, die der Betriebsführer seinen Gefolgschaftsmitgliedern anlässlich dieses Festes gewährt. Ich erwarte daher, daß deutsche Betriebsführer davon absehen, Polen oder Juden Weihnachtsgratifikationen zu gewähren.“ (Zitiert nach 1) Bleibt noch hinzuzufügen, dass auch Keller und Strosche nicht einfach „Sudetendeutsche“, sondern maßgebliche Leute im Witikobund waren.

Arbeitsminister Walter Stain holte aber nicht nur ehemalige SdP- bzw. NSDAP-Mitglieder und unverbesserliche Volkstumskämpfer in sein Ministerium, er war auch zuständig für die Verteilung von Geldern an Organisationen, in denen solche Leute ihr Unwesen trieben. Dazu gehörten die deutschen Landsmannschaften, aber auch Organisationen wie z.B. der „Slowakische Nationalrat im Ausland“, in dem sich geflohene Würdenträger der klerikalfaschistischen slowakischen Tiso-Diktatur von Hitlers Gnaden tummelten, darunter z.B. Tisos ehemaliger „Außenminister“ Ferdinand Durčansky oder sein Staatssekretär Franz Karmasin (1957 Geschäftsführender Vorsitzender des Witikobundes). Bei einer Feier anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung des slowakischen Marionettenstaates am 13. März 1959 hielt Staatsminister Stain die Festrede. Unangenehme Folgen derartiger Auftritte brauchte er nicht zu fürchten, schickte doch CSU-Chef Franz-Josef Strauß, damals Verteidigungsminister in Bonn, eine herzliche Grußbotschaft an die Versammlung. →

→ Später (1986-1990) war Stain Vorsitzender des Witikobundes, danach wurde er als „besonders verdienster älterer Kamerad“ in dessen „Senat“ berufen. (3)

### **Strenkert und Schütz – Katholische Aktion und Ackermannsgemeinde**

1962 schied Stain aus dem bayerischen Kabinett aus. Der neue Ministerpräsident Alfons Goppel ernannte zum neuen Arbeitsminister keinen Sudetendeutschen, sondern Paul Strenkert. Der war Beauftragter für Arbeiter- und Sozialfragen in der Katholischen Aktion der Diözese Augsburg, d.h. er kam aus dem Umkreis des „Paneuropa-Bischofs“ Josef Stimpfle. Bereits 1964 wurde Strenkert jedoch von seinem Staatssekretär Hans Schütz (CSU) abgelöst. In der Tschechoslowakei hatte Schütz dem Parteivorstand der Deutschen Christlich Sozialen Partei angehört, der 1938 die Partei aufgelöst und ihren Mitgliedern den Beitritt zur Sudetendeutschen Partei empfohlen hatte. In der BRD war Schütz Gründungsmitglied der Ackermannsgemeinde (katholische Gesinnungsgemeinschaft in der SL) und einer der 17 Unterzeichner der Eichstätter Erklärung vom Dezember 1949. In der Erklärung, die zu den Gründungsdokumenten der SL zählt, hieß es: „Unsere unabdingbare Forderung ist die Rückgabe der Heimat in den Sprach- und Siedlungsverhältnissen von 1937.“

### **Fritz Pirkel – konservativer Katholik, Mitgründer der Hanns- Seidel-Stiftung**

Auch Schütz blieb nur zwei Jahre im Amt. Auf ihn folgte Fritz Pirkel (\*1925), der 18 Jahre (1966–1984) amtierte. Pirkel stammte aus dem konservativen bayerischen Katholizismus und engagierte sich vor seinem Eintritt in den Staatsdienst hauptsächlich in der katholischen Jugendarbeit und der Jungen Union, deren stellvertretender Bundesvorsitzender er 1960–63 war. 1963 wurde er Mitglied des CSU-Präsidiums, 1964 Staatssekretär im bayerischen Arbeitsministerium, 1966 Minister.

Dass mehr als anderthalb Jahrzehnte lang das für die „Vertriebenen“ zuständige Staatsministerium nicht mehr unmittelbar von einem der Ihren geleitet wurde, wirkte sich keineswegs zum Nachteil der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus. Pirkel kam nicht nur regelmäßig zum Sudetendeutschen Tag, sondern er beehrte auch die Jahrestagungen des Witikobundes mit seiner Anwesenheit. 1974 bescheinigte er den Witikonen: „Ich weiß, daß die Arbeit der Sudetendeutschen Landsmannschaft, als die Gestaltung Ihrer Volksgruppe außerhalb der Heimat, zu einem nicht unbedeutenden Teil von Mitgliedern Ihres Bundes getragen wird und

Sie die größere Sache der Volksgruppe und des Volkes vor die Ihres Bundes stellen.“ Womit er nicht nur dem Witikobund, in dessen Vorstand mittlerweile etliche NPD-Funktionäre saßen, Honorigkeit bescheinigte, sondern auch den Anspruch der SL unterstrich, politische Vertretung einer 3,5 Millionen Köpfe zählenden „Volksgruppe“ zu sein.

Auf dem WB-Jahrestreffen 1978 in Passau ließ sich Pirkel von Ministerialrat Dr. Dengler vertreten. Dieser erklärte: „Die bayerische Staatsregierung bekennt sich eindeutig zu dem Recht auf Heimat und zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und Volksgruppen. Deshalb darf die Eingliederung der Heimatvertriebenen niemals zu einer Assimilierung führen, wie das von so manchen angestrebt wird, um auf diese Art und Weise das Vertriebenenproblem zu lösen. Die Eingliederung soll vielmehr nur ein Ersatz für das vorerhaltene Recht auf die Rückkehr in die Heimat sein. Die unerwünschte Assimilierung der Heimatvertriebenen kann aber nur wirksam angehalten werden, wenn es die Verbände und Vereinigungen von Vertriebenen gibt, die das Gedenken an die Heimat und die Selbstbestimmung einer Volksgruppe hochhalten. Zu diesen Verbänden gehört nicht zuletzt der Witikobund, der als eine seiner wesentlichen Aufgaben die Bewahrung des Selbstbewußtseins und des Selbstverständnisses der sudetendeutschen Volksgruppe ansieht. Ich kann Ihnen daher versichern, daß der Witikobund, genauso wie die anderen Verbände der Vertriebenen, auch weiterhin bei der Bayerischen Staatsregierung volles Verständnis für seine Arbeit finden wird.“ (Zitiert nach 4)

### **Die „sudetendeutsche Frage“ wird europäisiert**

Solche Töne müssen wohl zum Teil als Beschwichtigung derjenigen Mitglieder der CSU interpretiert werden, die nach dem Niedergang des BHE von der CSU aufgesogen worden waren und sich mit der Politik identifizierten, die die SL unter der Führung von WB-Aktivisten betrieb. Denn während der Amtszeit von Fritz Pirkel fand eine Verschiebung zu Lasten des Witikobundes statt. 1973 wurde von führenden CSU-Politikern, unter tätiger Mithilfe des frisch eingebürgerten Kaiserzöglers Otto von Habsburg, die dahinsiechende und hoch verschuldete Paneuropa-Union (PEU) saniert und zum Instrument christsozialer Europapolitik aufgepöppelt. Beide Ministerpräsidenten, in deren Amtszeit Pirkel Arbeitsminister war – Alfons Goppel und Franz Josef Strauß – waren Paneuropäer, Goppel stand sogar lange Jahre als Präsident an der Spitze der deutschen PEU-Sektion. Die „sudetendeutsche Frage“ wurde jetzt „europäisiert“. An der Spitze der SL standen zu dieser Zeit mit Walter Becher (Sprecher; s.o.)

und Franz Böhm (Bundesvorsitzender; ehem. Leiter des Gaugerichts Sudetenland der NSDAP) noch immer zwei ehemalige SdP- und NSDAP-Funktionäre. Allzu offener Revanchismus war jedoch nicht mehr angesagt. Strauß fasste die neue Linie auf dem Sudetendeutschen Tag 1986 so zusammen: „Das Kernproblem der deutschen Frage und des Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes für alle Deutschen ist nicht die Diskussion um die Grenzen, sondern um die Freiheit für alle Völker Europas. Nur in einem freien Europa kann auch das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen verwirklicht werden.“ Nach der „Befreiung des Ostens“ konnte man ja weiter sehen. In derselben Rede erklärte Strauß, die von der SPD/FDP-Regierung Anfang der 70er Jahre geschlossenen Ostverträge, und somit auch ihre Aussagen bezüglich der bestehenden Grenzen – würden „den Verhandlungen einer gesamtdeutschen, demokratisch legitimierten Regierung keine Grenze setzen. Sie enthalten keine rechtliche oder politische Bindewirkung“. (Zitiert nach 2)

Entscheidenden Anteil an der Entwicklung dieser Linie hatte die Hanns-Seidel-Stiftung, die auch zu ihrer Durchsetzung gegenüber der Landsmannschaft diente. Die Stiftung war 1966/67 unter maßgeblicher Beteiligung von Fritz Pirkel gegründet worden, und bis zu seinem Tod 1993 war der für die „Vertriebenen“ zuständige Staatsminister auch Stiftungsvorsitzender.

### **Millionen für die Landsmannschaft**

Die Zeit des Schirmherrschaftsministers Pirkel war somit eine Periode der strategischen Umorientierung und der langfristigen Ausrichtung. Gleichzeitig wurde die Landsmannschaft durch die Errichtung der Sudetendeutschen Stiftung und den Bau des Sudetendeutschen Hauses in München materiell abgesichert. Im Juli 1970 verabschiedete der bayerische Landtag ein Gesetz über die Gründung der Stiftung. Deren Hauptzweck sei, so Pirkel, „die Sudetendeutsche Landsmannschaft als allumfassende Volksgruppenorganisation mit ihren sämtlichen Gliederungen, Einrichtungen, Organisationen und Vereinigungen zu fördern und somit deren heimatpolitischen und kulturpolitischen Zielen zu dienen“. (Zitiert nach 2) Das Stiftungsvermögen bestand zunächst aus 200.000 DM aus der Steuerkasse des Freistaates Bayern und 100.000 DM von der SL. Freilich wurde mit reichem Geldsegen gerechnet. Auf Initiative des CSU-Abgeordneten (1971-94) und ersten Vorstandsvorsitzenden der Sudetendeutschen Stiftung (bis 2004), Dr. Fritz Wittmann (Ministerialrat im bayerischen Arbeitsministerium; Multifunktionär von SL und BdV), verabschiedete der Bundestag 1972 das sog. „Westvermögens-Abwicklungs-

gesetz“. Auf dessen Grundlage erhielten die Landsmannschaften 1974 vom Bund 29 Millionen DM aus der Auflösung des „Westvermögens“ von Kreditinstituten aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und dem NS-Gau „Sudetenland“. Zwölf Millionen davon gingen an die Sudetendeutsche Stiftung. Noch im gleichen Jahr 1974 wurde der Bau des Sudetendeutschen Hauses beschlossen. Von den 22 Millionen DM, die das Projekt kostete, kamen 6,9 Millionen aus dem Etat der Stiftung, 11 Millionen direkt von der bayerischen Regierung. (2) Das Haus sollte „der Schirmherrschaft des Freistaates Bayern über die Sudetendeutsche Volksgruppe sichtbaren Ausdruck verleihen“ (Erläuterung im Haushaltsplan des bayerischen Arbeitsministeriums).

### Die SL-Spitze beschirmt sich selbst

1984 löste Franz Neubauer Fritz Pirkl als bayerischer Arbeitsminister ab. Mit dem gebürtigen Egerländer (\*1930) kam erstmals ein (seit 1982) amtierender SL-Sprecher direkt auf den Ministersessel. SL-Bundesvorsitzender war, ebenfalls seit 1982, Jörg Kudlich (\*1936). Während Neubauer sich der katholischen Ackermannsgemeinde zurechnete, war Kudlich Vorstandsmitglied des Witikobundes – und Ministerialrat bei Neubauer. Die Fördermittel aus dem Haushalt des Arbeitsministeriums konnte sich die SL-Spitze also gleich an Ort und Stelle selbst zuteilen. Allerdings nicht sehr lange: Nach den Wahlen von 1986 wurde Neubauer als Arbeitsminister durch Karl Hillermeier ersetzt. Kudlich blieb im Ministerium, trat aber im Februar 1987 als SL-Vorsitzender zurück. Neubauer übernahm nicht nur den Vorsitz des bayerischen Sparkassenverbandes, sondern war bis zur Wahl von Bernd Posselt und Johann Böhm im Jahre 2000 gleichzeitig Vorsitzender und Sprecher der SL.

Im Arbeitsministerium war die SL auch nach Neubauers Abgang hochkarätig vertreten, z.B. durch Ministerialdirigent Prof. Hans Sehling (\*1928), langjähriger Präsident der SL-Bundesversammlung, Mitglied des SL-Bundesvorstandes und Vizepräsident des BdV.

### Hillermeier, Glück, Stamm und Stewens – und ihre Beamten

Von den Minister/inne/n Karl Hillermeier (1986-1988), Gebhard Glück (1988-1994), Barbara Stamm (1994-2001) und Christa Stewens (seit Januar 2001) ist ein unmittelbarer landsmannschaftlicher Hintergrund nicht bekannt. Gebhard Glück und Barbara Stamm sind dagegen in der Mitgliederliste der Hanns-Seidel-Stiftung zu finden (7). Und was ist mit ihren Ministerialbeamten?

Einer von denen, die jahrzehntelang im Arbeitsministerium tätig waren, ist Mini-

sterialrat a.D. Dr. Hartmut Singbartl. Seinen juristischen Doktorgrad erwarb der gebürtige Egerländer (Jahrgang 1939) mit einer rechtfertigenden Arbeit über das Münchner Diktat. Sie wurde 1971 – die sozialliberale Regierung Willy Brandt bereitete gerade nach dem Vertrag mit Polen den mit der Tschechoslowakei vor – unter dem Titel „Die Durchführung der deutsch-tschechoslowakischen Grenzregelung von 1938“ als Veröffentlichung Nr. 5 des Sudetendeutschen Archivs herausgegeben und von der Rudolf-Lodgman-Stiftung der SL gefördert. Doktorvater war der eng mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft verbundene Regensburger Völkerrechtler Otto Kimminich. Singbartl erklärte – unter Offenhaltung verschiedener Hintertürchen –, die tschechoslowakische Regierung habe 1938 über die britische Regierung der deutschen Regierung die Abtretung von Landesteilen angeboten, das Deutsche Reich habe durch das Münchner Abkommen deutlich gemacht, dass es gewillt sei, auf dieses Angebot einzugehen, und bestimmte Durchführungsmodalitäten festgelegt, woraufhin die tschechoslowakische Regierung diesem Abkommen zwischen Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich „beigetreten“ sei und die Abtretungen als endgültig akzeptiert habe. Selbst wenn dies alles möglicherweise unter Androhung von Gewalt geschehen sei, habe das Abkommen doch durch die „erbrachte vertragliche Leistung“ „rechtsgestaltende Kraft“ erlangt. Das „Sudetengebiet“ sei somit nach dem 1. Oktober 1938 zu einem „integrierenden Bestandteil des Deutschen Reiches“ geworden.

Bis zu seiner Pensionierung im Sommer 2004 sei Singbartl „als ranghoher Beamter der Bayerischen Staatsregierung mit der rechtlichen, kulturellen und finanziellen Ausgestaltung der Schirmherrschaft über die sudetendeutsche Volksgruppe betraut“ gewesen, schreibt die Sudetendeutsche Zeitung am 14.1.2005. Zum 1. Januar 2005 übernahm Singbartl von Dr. Fritz Wittmann den Posten des Vorstandsvorsitzenden der Sudetendeutschen Stiftung.

Bis 2003 im Arbeitsministerium war Staatssekretär Georg Schmid, der im Zuge der Auseinandersetzung um die sog. Beneš-Dekrete die Deutsch-Tschechische Deklaration von 1997 zur Makulatur erklärte. In der Deklaration heißt es: „Gerade deshalb, weil sie (die beiden vertragsschließenden Seiten – RH) sich der tragischen Kapitel ihrer Geschichte bewußt bleiben, sind sie entschlossen, in der Gestaltung ihrer Beziehungen weiterhin der Verständigung und dem gegenseitigen Einvernehmen Vorrang einzuräumen, wobei jede Seite ihrer Rechtsordnung verpflichtet bleibt und respektiert, daß die andere Seite eine andere Rechtsauffassung hat. Beide Seiten erklären deshalb, daß sie ihre Beziehungen nicht mit aus der Ver-

gangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden.“ Demgegenüber konstatierte Schmid am 16. Februar 2002 in einer Pressemitteilung mit dem Kopf des bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, das Rechtsverständnis des tschechischen Premiers Zeman verdiene keinen Respekt und der Bestimmung in der Deutsch-Tschechischen Erklärung, „zu ‚respektieren‘, dass die andere Seite eine andere Rechtsauffassung hat“, könne man „nun nicht mehr ohne weiteres folgen“.

Schmid wird, ebenso wie seine frühere Chefin Barbara Stamm, von der Zeitschrift der Paneuropa-Union Deutschland als Redner bei wichtigen Veranstaltungen dieser fundamental-christlichen, erzreaktionären Organisation zitiert. Der deutsche Präsident der PEU, Bernd Posselt, ist seit 2000 SL-Vorsitzender, und SL-Sprecher Johann Böhm ist Mitglied der Hanns-Seidel-Stiftung und steht der PEU zumindest nahe. (8)

Die Verhältnisse haben sich gewandelt seit den 1950er Jahren. Damals verwendete Walter Stain seinen Ministerposten, um alten Kameraden ein gutes Auskommen zu verschaffen und Einfluss auf die Politik der Staatsregierung zu nehmen. Heute besetzt die Staatsregierung die höchsten Posten in der Landsmannschaft. An der Spitze der SL stehen mit Bernd Posselt und Johann Böhm CSU-Politiker, die mit Hilfe der Landsmannschaft eine Politik umsetzen, die sich „europäisch“ verkleidet, aber nicht weniger aggressiv deutsch-nationale Ziele vertritt.

Walter Stain übrigens, der Witikone, der 1962 als Arbeitsminister in München nicht mehr gebraucht wurde, saß später der Sudetendeutschen Bundesversammlung vor, die sich als „Exilparlament der sudetendeutschen Volksgruppe“ versteht. 1986-89 war er Bundesvorsitzender des Witikobundes. Als er starb, würdigte Bernd Posselt seine Verdienste: „Walter Stain war nicht nur einer unserer führenden Repräsentanten, sondern auch ein erfolgreicher Schirmherrschaftsminister, auf den viele segensreiche Einrichtungen der bayerischen Vertriebenenpolitik zurückgehen.“ (Sudetendeutsche Zeitung 9.2.2001)

#### Quellen:

- (1) Georg Herde und Hans Maier, ...bis alles in Scherben fällt, Beiträge zur Zeitgeschichte, 1960, S. 18 bzw. 25
- (2) Georg Herde/Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, Köln 1987, S. 20, 49 bzw. 51
- (3) Friedrich Pospiech, Konservativ-Rechtsextreme Komplizenschaft oder „Der Fall Dr. Staffa / Witikobund“ – Ein Politkrimi, Esslingen, 2003, S. 34
- (4) Der Rechte Rand Nr. 53, Juli/August 1998
- (5) Neue Kommentare, hrsg. von Georg Herde, Jahrgänge 1958-1980
- (6) Homepage der bayerischen Staatsregierung/Kabinette seit 1945 ([www.bayern.de](http://www.bayern.de))
- (7) Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung [www.hss.de](http://www.hss.de)
- (8) Paneuropa Deutschland, z.B. Nr. 4/1996, 4/1999, 4/2000